



Amtsblatt

für den

Landkreis Eichsfeld

Jahrgang 2011

Heilbad Heiligenstadt, den 13.09.2011

Nr. 26

Inhalt

Seite

A Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Eichsfeld

09. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Landkreises Eichsfeld am ... 163
20.09.2011

Bekanntmachung der 6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und ... 163
Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“

Wasser- und Abwasserzweckverband „Eichsfelder Kessel“, Breitenworbiser Straße 1,
37355 Niederorschel

6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckver- ... 164
bandes „Eichsfelder Kessel“

B Veröffentlichungen sonstiger Stellen

Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband, Spitzmühle 1, 37359 Großbartloff

Bekanntmachung der Feststellung des Jahresabschlusses 2010 des Zweckverbandes ... 172
„Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband“, Spitzmühle 1, 37359 Großbartloff

Herausgeber: Landkreis Eichsfeld

Bezugsmöglichkeiten: Das Amtsblatt kann beim Landkreis Eichsfeld/Hauptamt/Kreistagsbüro und Pressestelle, Friedensplatz 8, 37308 Heilbad Heiligenstadt, **als Abonnement, Einzelausgabe oder blattweise** bezogen werden. Tel. : (03606) 650 -1240 / 1241 / 1242;
Preis je Doppelseite 0,10 € zuzüglich Versandkosten.

Erscheinungsweise: in der Regel dienstags,
auch unter der Internetadresse www.kreis-eic.de (Aktuelles, Amtsblatt)

09. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Landkreises Eichsfeld am 20.09.2011

Die 09. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Landkreises Eichsfeld findet am

Dienstag, 20.09.2011 um 16:00 Uhr,

im Kreistagssaal des Landkreises Eichsfeld, Göttinger Straße 5, Heilbad Heiligenstadt statt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festlegung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 08. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21. Juni 2011
4. Investivprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013"
Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege
5. Fortschreibung des Bedarfsplanes "Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege" im Landkreis Eichsfeld für das Kindergartenjahr 2011/2012
6. Bundesprojekt: TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN
7. Mitteilungen und Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

Heilbad Heiligenstadt, 13.09.2011

Der Landrat

Bekanntmachung der 6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“

Die 6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des oben genannten Zweckverbandes wurde mit Bescheid vom 29.08.2011 vom Landratsamt des Landkreises Eichsfeld als zuständige Aufsichtsbehörde gemäß § 18 und § 44 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit –ThürKGG- in der Fassung der Neubekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Mai 2010 (GVBl. S. 113), genehmigt.

Der Verfügungstenor des Genehmigungsbescheides lautet:

1. Die von der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“ beschlossene 6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung wird hiermit genehmigt.
2. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Hiermit wird gemäß § 18 ThürKGG die 6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“ sowie die erforderliche Genehmigung amtlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Die Verbandsmitglieder sollen in der für die Bekanntmachung ihrer Satzung vorgesehenen Form auf die Veröffentlichung der Aufsichtsbehörde entsprechend § 42 Abs. 3 Satz 5 ThürKGG hinweisen.

Heilbad Heiligenstadt, 29.08.2011

gez.Dr. Henning
Landrat

Wasser- und Abwasserzweckverband „Eichsfelder Kessel“, Breitenworbiser Straße 1, 37355 Niederorschel

6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“

Aufgrund der §§ 16 ff. des Thüringer Gesetzes über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. Seite 290) geändert durch Gesetz vom 4. Mai 2010 (GVBl. S. 113) beschließt die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“ in ihrer Sitzung am 31.05.2011 die nachfolgende 6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung.

**I. Abschnitt
Allgemeine Bestimmungen**

§ 1 Name und Sitz, Rechtsform

- (1) Der Zweckverband führt den Namen: Wasser- und Abwasserzweckverband „Eichsfelder Kessel“
- (2) Er hat seinen Geschäftssitz in 37355 Niederorschel, Breitenworbiser Straße 1.
- (3) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des Thüringer Gesetzes über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG). Er erfüllt seine Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht und dient ausschließlich und unmittelbar dem öffentlichen Wohl.

§ 2 Verbandsmitglieder

Verbandsmitglieder sind die nachfolgend genannten Städte und Gemeinden mit Ortsteilen. Beschränkt sich die Mitgliedschaft auf den Teilbereich „Wasserversorgung“ oder den Teilbereich „Abwasserentsorgung“ so ist dies gekennzeichnet.

Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Eichsfeld

Gemeinde/Stadt	Ortsteile	Bereich Wasser	Bereich Abwasser
Am Ohmberg	Bischofferode	x	x
	Hauröden	x	x
	Großbodungen	x	x
	Wallrode	x	x
	Neustadt	x	x
	Neubleicherode	x	x
	Siedlung Thomas Müntzer	x	x
Bockelnhagen	Weilrode	x	x
Breitenworbis	Bernterode	x	x
Buhla	Ascherode	x	x
Deuna		x	x
Gernrode		x	x
Gerterode		x	x
Hausen		x	x
Haynrode		x	x
Jützenbach		x	x
Kleinbartloff	Reifenstein	x	x
Kirchworbis		x	x
Niederorschel	Oberorschel	x	x
	Rüdigershagen	x	x
Silkerode		x	x
Steinrode	Epschenrode	x	x
	Werningerode	x	x
Stöckey		x	x
Vollenborn		x	x

Gemeinde/Stadt	Ortsteile	Bereich Wasser	Bereich Abwasser
Weißborn-Lüderode	Gerode	x	x
Zwinge		x	x
Leinefelde-Worbis	Worbis	x	x
	Breitenbach	x	x
	Kirchohmfeld	x	x
	Kaltohmfeld	x	x
	Wintzingerode	x	x
	Leinefelde		x
	Birkungen		x
	Breitenholz		x
Holungen			x
Kallmerode			x
Niedergebra		x	
	Bleicherode		
Sollstedt	Obergebra	x	
	Wülfingerode	x	
	Rehungen	x	

§ 3 Verbandsgebiet

- (1) Das Gebiet des Zweckverbandes hinsichtlich der Aufgabe der Wasserversorgung umfasst das Gebiet seiner Mitglieder gemäß § 2 der Satzung in diesem Teilbereich.
- (2) Das Gebiet des Zweckverbandes hinsichtlich der Aufgabe der Abwasserentsorgung umfasst das Gebiet seiner Mitglieder gemäß § 2 der Satzung in diesem Teilbereich.

§ 4 Verbandsaufgaben

- (1) Der Zweckverband hat die Aufgabe
 1. auf dem Gebiet der Trinkwasserversorgung:

- a) Wasservorkommen zur erschließen und Wasser zu beschaffen,
 - b) Wasserversorgungsanlagen zu planen, zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten, zu erneuern und zu verwalten,
 - c) die Einwohner mit Trink- und Brauchwasser zu versorgen,
 - d) Wasser für öffentliche Zwecke bereitzustellen und soweit das verfügbare Wasser ausreicht, für gewerbliche und sonstige Zwecke abzugeben;
2. auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung:
- a) Abwasseranlagen zu planen, zu errichten, zu übernehmen, zu erneuern, zu betreiben, zu unterhalten und zu verwalten,
 - b) von den Grundstücken häusliches Abwasser, Oberflächenwasser und Abwasser aus gewerblichen und industriellen Anlagen abzunehmen, schadlos abzuleiten und zu beseitigen,
 - c) alle sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die für die Erfüllung der vorgenannten Aufgaben erforderlich sind.
- (2) Der Zweckverband begründet ein Trinkwasserversorgungsverhältnis bzw. Abwasserentsorgungsverhältnis mit den einzelnen Anschlussberechtigten bzw. Anschlussverpflichteten. Er ist berechtigt, einen Anschluss- und Benutzungszwang anzuordnen.
- (3) Der Zweckverband hat das Recht, das Benutzungsverhältnis seiner öffentlichen Einrichtungen durch Satzung zu regeln. Er hat die Befugnis, zur Deckung seiner Kosten privatrechtliche Entgelte bzw. Gebühren und Beiträge nach den für die übertragenen Aufgaben geltenden abgabenrechtlichen Bestimmungen zu erheben.
- (4) Der Zweckverband ist berechtigt, auf der Grundlage von Vereinbarungen
1. andere Unternehmen mit Trink- und Brauchwasser zu beliefern,
 2. sich an anderen Wasserversorgungsunternehmen zu beteiligen,
 3. Versorgungseinrichtungen Dritter zu übernehmen,
 4. sich bei der Erfüllung seiner Trinkwasserversorgungs- bzw. Abwasserbeseitigungsaufgabe eines Dritten zu bedienen,
 5. Abwasser von Nichtmitgliedern abzunehmen, abzuleiten und zu behandeln,
 6. sich an Entsorgungsunternehmen zu beteiligen,
 7. Entsorgungseinrichtungen Dritter zu übernehmen.

§ 5 Verbandsanlagen

Der Zweckverband übernimmt alle der öffentlichen Trinkwasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung dienenden bestehenden Anlagen und Einrichtungen des Abwasserzweckverbandes Wipper – Ohne, des Trinkwasserzweckverbandes Eichsfelder Kessel und – soweit noch nicht auf die vorstehend genannten Verbände übertragen – alle Altanlagen der Verbandsgemeinden. Die Errichtung neuer Anlagen und Einrichtungen durch die Verbandsmitglieder sowie die Überführung dieser neuen Anlagen in das Verbandsvermögen bedarf einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Zweckverband.

§ 6 Pflichten der Verbandsmitglieder

Die Verbandsmitglieder haben den Zweckverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.

II. Abschnitt Verfassung und Verwaltung

§ 7 Verbandsorgane

Organe des Zweckverbands sind:

1. die Verbandsversammlung,
2. der Verbandsvorsitzende,
3. der Verbandsausschuss.

Die Verbandsräte, der Verbandsvorsitzende und die Mitglieder des Verbandsausschusses sind ehrenamtlich tätig.

§ 8 Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und den Bürgermeistern der Verbandsmitglieder. Die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden sind Verbandsräte kraft Amtes und nehmen jeweils sämtliche Stimmanteile der Mitgliedsgemeinde wahr.
 - a) Für den Teilbereich der Wasserversorgung hat jede Mitgliedsgemeinde, die zu dem Verbandsgebiet gemäß § 3 Abs. 1 der Satzung gehören, je angefangene 1.000 Einwohner eine Stimme.
 - b) Für den Teilbereich der Abwasserentsorgung hat jede Mitgliedsgemeinde, die zu dem Verbandsgebiet gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung gehören, je angefangene 1.000 Einwohner eine Stimme.
 - c) Für Beschlussfassungen die nicht nur einen der Teilbereiche (Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung), sondern den gesamten Verband betreffen, hat jede Mitgliedsgemeinde, die zu dem Verbandsgebiet gemäß § 3 Abs. 1 und/oder § 3 Abs. 2 der Satzung gehören, je angefangene 1.000 Einwohner eine Stimme.

Maßgebend ist jeweils die Einwohnerzahl, welche für die Gemeinde- bzw. Stadtratswahl der aktuellen Kommunalwahlperiode vom Thüringer Landesamt für Statistik festgestellt wurde. Die Einwohnerzahl gilt für die Dauer der Wahlperiode.

- (2) Der Bürgermeister der Mitgliedsgemeinde wird durch seinen Stellvertreter vertreten. Das Amt als Verbandsrat bzw. als Stellvertreter endet mit dem Ende des Wahlamtes. Die Verbandsräte und ihre Stellvertreter üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Verbandsräte weiter aus.
- (3) Die Verbandsversammlung wird vom Verbandsvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung, der Zeit und des Ortes der Sitzung unter Einhaltung einer Ladungsfrist von 14 Tagen einberufen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Ladungsfrist auf 48 Stunden verkürzen. Hierauf muss in der Einladung ausdrücklich hingewiesen werden.
- (4) Die Verbandsversammlung findet mindestens zweimal jährlich statt.
- (5) Der Vorsitzende hat die Verbandsversammlung einzuberufen, wenn dies von einem Drittel der Verbandsmitglieder unter Angabe der Beratungsgegenstände gefordert wird.
- (6) Der Verbandsvorsitzende muss eine Angelegenheit auf die Tagesordnung setzen, wenn es die Werkleitung oder ein Drittel der stimmenmäßig repräsentierten Verbandsräte verlangen.
- (7) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Verbandsräte ordnungsgemäß geladen sind und die anwesenden stimmberechtigten Verbandsräte die Mehrheit der von der Verbandsatzung vorgesehenen Stimmenzahl erreichen. Wird nach festgestellter Beschlussunfähigkeit eine neue Verbandsversammlung einberufen, so ist diese ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig; in der Einladung zur neuen Verbandsversammlung ist auf diese Folge hinzuweisen.
- (8) Betrifft der Gegenstand der Beschlussfassung den Gesamtverband, erfolgt eine Abstimmung unter Beteiligung sämtlicher anwesender Verbandsräte. Betrifft die Entscheidung nur den Bereich Wasserversorgung oder nur den Bereich Abwasserentsorgung, wirken an der Beschlussfassung nur diejenigen Verbandsräte mit, deren Gemeinde dem betroffenen Teilbereich angehört. In diesem Falle kommt es für die Beschlussfähigkeit nur auf diejenigen Verbandsräte an, deren Gemeinden eine Teilmitgliedschaft für den betroffenen Bereich besitzen.
- (9) Über die Verhandlungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die den Namen der Anwesenden, die Tagesordnung, die gestellten Anträge und die gefassten Beschlüsse vollständig enthalten muss.

§ 9 Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten, soweit sie die Beschlussfassung nicht dem Verbands-/Werksausschuss übertragen hat oder der Verbandsvorsitzende zuständig ist. Sie hat in jedem Fall zu beschließen über
1. die Entscheidung für die Rahmenplanung, die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen,
 2. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen einschließlich der Verbandsatzung,
 3. die Aufnahme weiterer Mitglieder, das Ausscheiden oder den Ausschluss von Verbandsmitgliedern,
 4. die Auflösung des Zweckverbandes,
 5. die Haushaltssatzung und die Nachtragshaushaltssatzung und den Finanzplan bzw. den Wirtschaftsplan,
 6. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie die Festsetzung des Investitionsvolumens,
 7. die Aufnahme von Krediten sowie wirtschaftlich gleichzuachtende Rechtsgeschäfte,
 8. die Feststellung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und die Entlastung sowie die ordentliche Rechnungsprüfung,
 9. die Veräußerung von Grundstücken und Investitionen,
 10. die Bestellung der Werkleitung,
 11. den Abschluss von Betriebsführungsverträgen und ähnlichen Verträgen,
 12. Beteiligung an anderen Ver- und Versorgungsunternehmen,
 13. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters,
 14. die Bestellung der Mitglieder des Verbands-/Werksausschusses,
 15. Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen,
 16. die Feststellung der Verbandsumlage,
 17. die Bestellung des Abschlussprüfers.

§ 10 Verbandsausschuss

- (1) Der Verbandsausschuss besteht aus sieben Mitgliedern. Ihm gehören der Verbandsvorsitzende, der stellvertretende Verbandsvorsitzende und fünf von der Verbandsversammlung zu bestellende Verbandsräte an.
- (2) Der Verbandsausschuss ist zuständig für
- a) den Erlass einer Dienstanweisung für den Geschäftsleiter,
 - b) Mehrausgaben für einzelne Vorhaben des Vermögensplanes, die 15% des Ansatzes, jedoch den Betrag von 50.000,00 € übersteigen,
 - c) Erfolgsgefährdende Mindererträge und/oder Mehraufwendungen, wenn diese im Einzelfall mehr als 1 v. H. der Gesamtausgabe des Erfolgsplanes betragen,
 - d) nicht aufzubringende, jedoch im Vermögensplan veranschlagte Deckungsmittel. In diesem Fall werden Einsparungen bei den Ausgaben des Vermögensplanes angeordnet, ggf. die Ausführung von weiteren geplanten Vorhaben zur Aussetzung gebracht,
 - e) die Vergabe von Lieferungen und Leistungen im Rahmen des Vermögensplanes, wenn der Gegenstandswert im Einzelfall 25.000,00 € übersteigt,
 - f) den Erlass von Forderungen und Abschluss von außergerichtlichen Vergleichen, soweit der Gegenstandswert im Einzelfall mehr als 3.000,00 € beträgt,
 - g) die Einleitung eines Rechtsstreits (Aktivprozess), soweit der Streitwert mehr als 25.000,00 € im Einzelfall beträgt,
 - h) Personalangelegenheiten: Ernennung, Einstellung, Beförderung, Höherstufung, Abordnung, Versetzung, Ruhestandsversetzung und Entlassung bei Beamten ab Besoldungsgruppe A 10 mittlerer Dienst, bei Angestellten ab Entgeltgruppe 10 TVöD,
 - i) den Vorschlag an die Verbandsversammlung, den Jahresabschluss festzustellen und über die Behandlung des Ergebnisses zu entscheiden.
- (3) Der Verbandsausschuss ist ferner zuständig für Angelegenheiten, die ihm durch Beschluss der Verbandsversammlung übertragen worden sind.
- (4) Der Verbandsausschuss berät die Angelegenheiten vor, für die die Verbandsversammlung zuständig ist.

- (5) Der Verbandsausschuss beschließt in Angelegenheiten der Verbandsversammlung, wenn diese keinen Aufschub dulden.
- (6) Die Sitzungen des Verbandsausschusses sind nicht öffentlich. Die Ladungsfrist beträgt 10 Tage. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Frist auf 24 Stunden abkürzen.

§ 11 Verbandsvorsitzender

- (1) Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer der zum Zeitpunkt der Wahl laufenden Kommunalwahlperiode der Gemeinderäte/Stadträte mit Stimmenmehrheit den Verbandsvorsitzenden und seinen Stellvertreter. Wählbar als Verbandsvorsitzender ist, wer in einer Mitgliedsgemeinde des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“, deren Mitgliedschaft sich auf einen oder beide Bereiche der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erstreckt, wahlberechtigt im Sinne des § 1 Thüringer Kommunalwahlgesetzes ist. Der Verbandsvorsitzende hat eine Stimme.
- (2) Dem Vorsitzenden obliegen alle Geschäfte des Zweckverbandes, die nicht durch Gesetz, diese Satzung oder die Betriebssatzung auf die Verbandsversammlung oder den Verbandsausschuss, übertragen sind. Zu den Aufgaben des Vorsitzenden gehört es insbesondere, die Verbandsversammlung und den Verbandsausschuss vorzubereiten, einzuberufen und zu leiten.
- (3) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen. Er kann nach Maßgabe der Betriebssatzung der Werkleitung eine Vertretungsbefugnis erteilen. Soweit die Verbandsversammlung durch gesonderten Beschluss dem Geschäftsleiter Aufgaben des Verbandsvorsitzenden überträgt, ist dieser zur Vertretung des Zweckverbandes berechtigt. Die Vertretungsbefugnis des Verbandsvorsitzenden bleibt jedoch auch insoweit unberührt.
- (4) Der Verbandsvorsitzende wird durch seinen Stellvertreter vertreten.

III. Abschnitt

Wirtschafts- und Haushaltsführung, Deckung des Finanzbedarfs

§ 12 Wirtschafts- und Haushaltsführung

- (1) Die Wirtschafts- und Haushaltsführung des Zweckverbandes erfolgt nach den Vorschriften der Thüringer Eigenbetriebsverordnung. Näheres regelt die Betriebssatzung des Verbandes.
- (2) Der Zweckverband kann sich zur Geschäftsbesorgung eines Dritten bedienen.
- (3) Der Zweckverband setzt für die Erfüllung seiner Aufgaben einen Geschäftsleiter ein. Dem Geschäftsleiter werden gemäß § 36 Abs. 1 Satz 4 ThürKGG die Aufgaben des Werkleiters (§ 4 Betriebssatzung) übertragen.

§ 13 Gebühren, Beiträge und Umlagen

- (1) Der Zweckverband deckt seinen Finanzbedarf durch Gebühren und Beiträge bzw. durch privatrechtliche Entgelte sowie durch Zuweisungen und Kredite.
- (2) Reichen die speziellen Entgelte zur Deckung des Finanzbedarfs nicht aus, hat der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Verbandsumlage zu erheben. Hierzu bedarf es eines gesonderten Beschlusses der Verbandsversammlung.
- (3) Die Höhe der Umlage richtet sich für die Erfüllung von Aufgaben der Wasserversorgung nach dem Verhältnis des im Gebiet des einzelnen Verbandsmitgliedes abgerechneten Wasserverbrauchs zu dem im Verbandsgebiet insgesamt verbrauchten Trinkwasser. Für die Erfüllung von Aufgaben der Abwasserbeseitigung richtet sich die Verbandsumlage nach dem Verhältnis der Abwassermenge im Bereich des Verbandsmitgliedes zu der gesamten Abwassermenge.

IV. Abschnitt

Beitritt neuer Verbandsmitglieder, Ausscheiden bisheriger Verbandsmitglieder, Verbandsauflösung

§ 14 Beitritt und Ausscheiden

- (1) Der Beitritt neuer Verbandsmitglieder erfolgt durch Beitrittserklärung unter Anerkennung der Verbandsatzung.
- (2) Der Austritt von Verbandsmitgliedern ist mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres zulässig. Vor dem Ausscheiden ist die anteilige Übernahme der Verbindlichkeiten zu regeln. Soweit nichts anderes vereinbart wird, hat die austretende Gemeinde noch vor Wirksamwerden des Austritts mit dem jeweiligen Gläubiger der zu übernehmenden Verbindlichkeiten eine Regelung mit schuldbefreiender Wirkung für den Zweckverband herbeizuführen bzw. an den Zweckverband einen entsprechenden Geldbetrag zu zahlen. Dies gilt auch für Ausgleichszahlungen an den Zweckverband gemäß Abs. 3.
- (3) Mit dem Ausscheiden gehen die Anlagen und Einrichtungen im Gemeindegebiet des Verbandsmitgliedes auf dieses über, soweit diese ausschließlich der Ver- und Entsorgung in diesem Gebiet dienen. Hat der Zweckverband bzw. seine beiden Vorläuferverbände die von der Verbandsgemeinde zu übernehmenden Anlagen selbst errichtet, hat die Verbandsgemeinde bei ihrem Ausscheiden für die Übernahme der Anlagen einen Betrag zu entrichten, der dem Buchwert entspricht, den das Anlagevermögen in dem betreffenden Gebiet beim Ausscheiden der Gemeinde aus dem Zweckverband entspricht. Hat das Verbandsmitglied den Vermögensgegenstand aus ihrem Vermögen unentgeltlich in das Verbandsvermögen eingebracht, hat sie beim Ausscheiden aus dem Zweckverband einen Betrag zu entrichten, der der Wertverbesserung der Anlage im Zeitraum zwischen dem Beitritt und dem Ausscheiden entspricht.

Hat die Verbandsgemeinde den Vermögensgegenstand in das Verbandsvermögen eingebracht und hierfür eine Refinanzierung erhalten, hat sie bei ihrem Ausscheiden einen Betrag zu entrichten, der der erhaltenen Refinanzierung abzüglich der zwischenzeitlichen Abschreibungen entspricht. Bei der Bewertung der vom Zweckverband oder seinen Vorläuferverbänden errichteten Anlagen sind noch nicht aufgelöste Baukostenzuschüsse und Fördermittel zu berücksichtigen.

- (4) Können sich der Zweckverband und das ausscheidende Verbandsmitglied nicht über die Höhe der Anlagenbewertung einigen, so verständigen sich die Parteien auf einen öffentlich bestellten Sachverständigen. Dessen Bewertung ist für die Parteien maßgebend. Die Kosten des Sachverständigen teilen sich der Zweckverband und das ausscheidende Verbandsmitglied zu gleichen Teilen.
- (5) Das ausscheidende Verbandsmitglied hat keinen Anspruch auf die Rückzahlung von Verbandsumlagen und Verbandsvermögen.
- (6) Im Übrigen hat das ausscheidende Verbandsmitglied dem Zweckverband alle Nachteile finanziell auszugleichen, die diesem durch den Austritt entstehen. Dies gilt auch für Mehrkosten der größeren Dimensionierung gemeinsamer Anlagenteile nebst Betriebs- und Unterhaltungskosten und die Entflechtungskosten für die übergehenden Anlagen.
- (7) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend beim Ausscheiden von Gebietsteilen von Verbandsmitgliedern aus dem Verbandsgebiet.

§ 15 Auflösung des Zweckverbands

Wird der Zweckverband aufgelöst, findet eine Abwicklung statt. Sofern die Verbandsversammlung nichts anderes bestimmt, werden die in der Schlussbilanz ausgewiesenen Aktiva und Passiva unter den Mitgliedern des Zweckverbands verteilt. Der Auflösungsbeschluss wird erst wirksam, wenn die Verbandsmitglieder eine Einigung über die Auseinandersetzung, die Durchführung der Liquidation und die Bestellung eines Abwicklers erzielt haben.

**V. Abschnitt
Bekanntmachungen, Dienstsiegel**

§ 16 Bekanntmachungen

Die in dieser Satzung vorgesehenen Bekanntmachungen erfolgen als amtliche Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Eichsfeld.

§ 17 Dienstsiegel

Der Zweckverband führt ein Dienstsiegel, welches in Form und Größe dem nebenstehenden Abdruck gleicht:



§ 18 Inkrafttreten

Die 6. Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“ tritt am Tage der Bekanntmachung der Satzung und ihrer Genehmigung im Amtsblatt für den Landkreis Eichsfeld (Amtsblatt der Aufsichtsbehörde) in Kraft.

Ausfertigung:

Niederorschel, den 05.09.2011

gez. Heinrich Barthel
Verbandsvorsitzender

- Siegel -

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften, die sich aus der Thüringer Kommunalordnung oder aus einer aufgrund der Thüringer Kommunalordnung erlassenen Vorschrift ergeben, ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist. Ausgenommen sind die Vorschriften über die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung.

Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband, Spitzmühle 1, 37359 Großbartloff

Bekanntmachung Feststellung des Jahresabschlusses 2010 des Zweckverbandes „Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband“, Spitzmühle 1, 37359 Großbartloff

I. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses 2010

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2010
 der mit einer Bilanz in Höhe von 7.511.400,96 €
 und
 einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -14.218,42 €
 abschließt, wird festgestellt und mit Beschluss 01/2011 genehmigt.
2. Gemäß § 8 der Thüringer Eigenbetriebsverordnung
 wird der Jahresfehlbetrag
 in Höhe von -14.218,42 €
 auf neue Rechnung vorgetragen
3. Der Werkleitung wird mit Beschluss 02/2011 für das Jahr 2010 Entlastung erteilt.

II. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband, 37359 Großbartloff, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben. Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317HGB und § 85 ThürKO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Werkleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 10. Juni 2011

FDS, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

III. Auslegungshinweis

Der Jahresabschluss 2010 und der Lagebericht liegen in der Zeit

vom 13.09.2011 bis 27.09.2011

im Sitz des Zweckverbandes Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband Spitzmühle1, 37359 Großbartloff zu den Geschäftszeiten aus.

Großbartloff, 07.09.2011

gez. König
Verbandsvorsitzender

- Siegel -